

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader, Anne Helm und Hakan Taş (LINKE)

vom 12. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. November 2020)

zum Thema:

Islamistische und nationalistische Versammlungen in Bezug auf den Krieg um die Republik Arzach (ehemals Republik Bergkarabach)

und **Antwort** vom 29. Nov. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Dez. 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE),
Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und Herrn Abgeordneten Hakan Taş (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 544
vom 12. November 2020
über Islamistische und nationalistische Versammlungen in Bezug auf den Krieg um
die Republik Arzach (ehemals Republik Bergkarabach)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Veranstaltungen und Versammlungen mit Bezug zum Krieg um die Republik Arzach (ehemals Republik Bergkarabach) sind dem Senat für das Jahr 2020 bekannt? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Art der Versammlung, Titel, Datum, Ort und jeweiliger Zahl Teilnehmender.)

Zu 1.:

Folgende Veranstaltungen und Versammlungen sind dem Senat mit Bezug zum Krieg um die Republik Arzach mit Stand 16. November für das Jahr 2020 bekannt:

Art	Thema	Datum	Strecke/Ort	Teilnehmende
Kundgebung	„Gegen den Krieg zwischen den Armenien und Aserbaidshan, Frieden im Kaukasus“	18. Juli 2020	Nußbaumallee 4 14050 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf)	ca. 350
Kundgebung	„Demonstration wegen der Verletzung des Waffenstillstandes durch die armenischen Streitkräfte in der Region Tovuz in der Republik Aserbaidshan am 12.07.2020“	18. Juli 2020	Hubertusallee 43 14193 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf)	ca. 200

Kundgebung	„Protest gegen die Aggression Armeniens im aserbaidischen Gebiet“	23. Juli 2020	Pariser Platz 10117 Berlin (Mitte)	ca. 130
Kundgebung	„Sicherheit für Armenien und für armenischen Gemeinden in Deutschland“	1. August 2020	Willy-Brandt-Str. 1 10557 Berlin (Mitte)	ca. 120
Kundgebung	„Karabach gehört zu Aserbaidschan“	1. August 2020	Nußbaumallee 4 14050 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf)	9
Kundgebung	„Gegen Azerbaijanische aggression in Armenien und Berg Karabach, gegen militärische Eskalation in Sudcaucasus. Gegen aggressive Türkische auserpolitik in Region“	29. September 2020	Werderscher Markt 1 10117 Berlin (Mitte)	2
Kundgebung	„Solidarität mit der Bevölkerung in Armenien und in Berg-Karabach und für den Frieden in der Region“	30. September 2020	Willy-Brandt-Str. 1 10557 Berlin (Mitte)	ca. 800
Kundgebung (nicht angemeldet)	„Bombardierung der armenischen Zivilbevölkerung durch Aserbaidschan.“	6. Oktober 2020	Willy-Brandt-Str. 1 10557 Berlin (Mitte)	8
Kundgebung	„Stoppt den Neo-Osmanischen Vormarsch gegen Armenien“	täglich vom 7. Oktober bis 14. Oktober 2020	Willy-Brandt-Str. 1 10557 Berlin (Mitte)	keine
Kundgebung	„Frieden für Arzach“	7. Oktober 2020	Platz der Republik 1 10557 Berlin (Mitte)	ca. 350
Aufzug	„Frieden für die Bevölkerung in Armenien und in Arzach/Berg-Karabach“	10. Oktober 2020	Mitte, Alexanderplatz - Neptunbrunnen - Karl-Liebknecht-Str. - Unter den Linden - Wilhelmstr. - Dorotheenstr. - Ebertstr. - Platz des 18. März	ca. 1.500
Aufzug	„Protest gegen den von Armenien aufgezwungenen Krieg in Aserbaidschan/mit Stand 16. November Protest gegen die armenische Aggression“	17. Oktober 2020	Mitte, Neptunbrunnen - Spandauer Str. - Karl-Liebknecht-Straße - Unter den Linden - Glinkastr. - Behrenstr. - Ebertstr. - Platz des 18. März	ca. 830

Autokorso	„Autokorso aufgrund des Friedensvertrag zwischen Aserbaidshan und Armenien vom 10. November 2020 und da der Krieg nach 30 Jahren endgültig beendet ist“	14. November 2020	Straße des 17. Juni am Brandenburger Tor - Großer Stern - Altonaer Str. - Lessingstr. - Stromstr. - Turmstr. - Beusselstr. - Alt-Moabit - Gotzkowskystr - Gotzkowskybrücke - Franklinstr. - Ernst- Reuter-Platz - Bismarckstr. - Kaiser- Friedrich-Str. - Lewishamstr. - Kurfürstendamm - Tauentzienstr. - Wittenbergplatz - Kleiststr. - Bülowstr. - Kulmer Str. - Goebenstr. - Yorckstr. - Gneisenastr. - Südstern - Hasenheide - Hermannplatz - Kottbusser Damm - Kottbuser Str. - Kottbusser Tor - Skalitzer Str. - Gitschiner Str. - Hallesches Ufer - Reichpietschufer - Von-der-Heydt-Str. - Klingelhöferstr. - Hofjägerallee - Großer Stern - Straße des 17. Juni östl. - Str. des 17. Juni am Brandenburger Tor	ca. 70
-----------	---	-------------------	--	--------

2. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Teilnahme von wie vielen Mitgliedern oder Anhänger*innen der extrem rechten „Grauen Wölfe“ sowie Personen, die als islamistische Gefährder*innen gelten, an den unter Frage 1 jeweils genannten Veranstaltungen und Versammlungen?
- Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF) bzw. der „Türkischen Föderation“ (Türk Federasyon) nahmen teil?
 - Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen des „Verbandes der türkischen Kulturvereine in Europa (ATB)“ nahmen teil?
 - Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen der „Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa“ (ATIB) nahmen teil?
 - Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen des „Graue Wölfe“-Jugendverbands „Idealisten-Jugend“ (Ülkücü Gençlik) nahmen teil?
 - Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen der türkischen extrem rechten „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) nahmen teil?

- f. Wie viele Mitglieder und Anhänger*innen der türkischen extrem rechten „Partei der großen Einheit“ (BBP) nahmen teil?

Zu 2. 2 a. bis 2 f.:

Zur Organisationszugehörigkeit der einzelnen Teilnehmenden liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor. Insbesondere liegen keine Erkenntnisse vor, dass als „Gefährder/Gefährderinnen“ eingestufte Personen aus dem islamistischen Spektrum an den in der Antwort zu Frage 1. genannten Versammlungslagen teilgenommen haben.

3. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine als „Großdemonstration“ für den 17. Oktober 2020 angekündigte Versammlung unter dem Titel „Stop Armenian Terrorism“, für die eine Aufzugstrecke vom Alexanderplatz bis zum Brandenburger Tor mit anschließendem (kulturellen) Programm verkündet wurde?
- a. Wie viele Dolmetscher*innen haben die Einsatzkräfte während der Versammlungslage unterstützt, um ggf. strafrechtlich relevante Inhalte wie beispielsweise bei Sprechchören oder auf Plakaten dokumentieren zu können?
 - b. Wie viele Redner*innen welcher Organisationen haben während der einzelnen Etappen der Demonstration mit welchem Inhalt gesprochen?
 - c. Welche Kulturschaffenden etc. welcher Organisationen haben während der einzelnen Etappen der Versammlungslage Beiträge mit welchem Inhalt zum Programm beigetragen?

Zu 3.:

Am 12. Oktober 2020 wurde der Aufzug mit dem Thema „Protest gegen den von Armenien aufgezwungenen Krieg in Aserbaidschan/Protest gegen die armenische Aggression“ für den 17. Oktober 2020 mit einer Strecke vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor sowie mit 1.000 Teilnehmenden angemeldet. Am 17. Oktober 2020 fand dieser Aufzug in der Zeit von 15:30 Uhr bis 18:30 Uhr mit circa 830 Teilnehmenden statt (zur Wegstrecke siehe Antwort zu Frage 1). Im Zuge der Veranstaltung zeigten vereinzelte Personen aus dem Aufzug heraus den „Wolfsgruß“.

Zu 3 a.:

Es wurde ein Dolmetscher während der Versammlungslage eingesetzt.

Zu 3 b. und 3 c.:

Grundsätzlich werden im Rahmen von Versammlungen keine Daten im Sinne der Fragestellung erfasst. Durch den Versammlungsleiter erfolgten am Antreterplatz und während des Aufzugs moderierende Durchsagen bezüglich der Abstands- und Hygienerichtlinien. Redebeiträge wurden lediglich während der Abschlusskundgebung am Endplatz (Platz des 18. März) gehalten.

4. Wann wurden bei welchen Arbeitsgruppentreffen oder Lagebesprechungen des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (GETZ) die extrem rechte Ülkücü-Bewegung (auch „Graue Wölfe“), die unter 2. genannten Organisationen oder deren Mitglieder oder Anhänger*innen mit welchen Gesprächsinhalten besprochen? (Bitte aufschlüsseln nach Datum, Charakter der Besprechung, Organisation und Inhalt.)

Zu 4.:

In den vergangenen Sitzungen der „Polizeilichen Informations- und Analysestelle“ im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zur Bekämpfung des Ausländerextremismus/-Terrorismus am 6. Oktober 2020, 20. Oktober 2020 sowie am 3. November 2020 wurde die Entwicklung in der „Republik Arzach“ thematisiert. Die in den Fragen 2 und 4 aufgeführten Organisationen oder deren Mitglieder oder sonstige Personen aus der Anhängerschaft wurden hingegen nicht besprochen.

5. Mit welchen jeweiligen Ergebnissen hat der Senat wann jeweils in den Jahren seit 2016 ein Verbot der extrem rechten Ülkücü-Bewegung (auch „Graue Wölfe“) bzw. ihrer Unterorganisationen geprüft?
6. Mit welchen Erwägungen wird sich der Senat gegebenenfalls für ein Verbot der extrem rechten Ülkücü-Bewegung (auch „Graue Wölfe“) bzw. ihrer zugeordneten Organisationen oder Unterorganisationen auf Bundesebene, ähnlich dem Verbot der Bewegung durch die französische Regierung, einsetzen?

Zu 5. und 6.:

Die Ülkücü-Bewegung ist sowohl Gegenstand des aktuellen Verfassungsschutzberichtes des Landes Berlin als auch des aktuellen Verfassungsschutzberichtes des Bundes. Die „Ülkücü-Ideologie“ wird in Deutschland im Wesentlichen durch die beiden Dachverbände „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) und „ATIB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB) vertreten. Nach den dem Senat derzeit vorliegenden Erkenntnissen wird davon ausgegangen, dass für ein Verbot der Ülkücü-Bewegung und ihrer Unterorganisationen gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Vereinsgesetzes das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zuständig ist, da die erkennbare Organisation und Tätigkeit sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt. Mit Beschluss vom 18. November 2020 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, ein Verbot der Vereine der Ülkücü-Bewegung zu prüfen.

7. Welche Kenntnisse hat der Senat über ein bei dem Aufzug mitgeführtes Transparent, mit dem die Schaffung eines pantur(k)anistischen Reichs „Turan“ von China bis Europa gefordert wurde?
 - a. Inwieweit schätzt der Senat diese Forderung bzw. die Darstellung dieser Forderung auf einer Versammlung als geeignet ein, die öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen?
 - b. Inwieweit kam es zu polizeilichen Maßnahmen aufgrund des Transparents gegen Versammlungsteilnehmer*innen bzw. inwieweit hat die Polizei das Transparent beschlagnahmt oder verhindert, dass es gezeigt wird?

Zu 7., 7a. und 7b.:

Der Senat hat zu dem in der Fragestellung beschriebenen Transparent keine Kenntnisse.

8. Von wie vielen Personen wurden während der Versammlung am 20. Oktober aufgrund welcher konkreten Tatvorwürfe die Personalien festgestellt:
 - a. von Teilnehmer*innen der eigentlichen Versammlung?
 - b. von Teilnehmer*innen möglicher Gegenproteste?

Zu 8., 8 a. und 8 b.:

Dem Senat ist keine zum Thema der Anfrage passende Versammlung am 20. Oktober bekannt.

Soweit sich die Fragen auf die Versammlung vom 17. Oktober 2020 beziehen, erfolgten dort Identitätsfeststellungen von insgesamt fünf Personen zu den Delikten Verdacht der Bedrohung/Beleidigung und zu Ordnungswidrigkeiten nach der Infektionsschutzverordnung sowie Platzverweisungen aufgrund von Aufenthaltsverboten bei Teilnehmenden der Versammlung. Bei Gegenprotesten erfolgten keine polizeilichen Maßnahmen.

9. An welchen Örtlichkeiten kam es aus welchen Gründen zum Einsatz welcher Art von unmittelbarem Zwang der Polizei gegen Teilnehmende an der Versammlung oder Gegenprotestierende?

Zu 9.:

Dem Senat ist nicht bekannt, dass durch Dienstkräfte der Polizei Berlin unmittelbarer Zwang gegen Teilnehmende oder Gegenprotestierende angewandt wurde.

10. In welchem Rahmen kam es seit seiner Aufstellung zu Delikten gegen das Mahnmal „Zum Gedenken an die Opfer des Völkermords an den Armeniern“ in räumlicher Nähe zur St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin-Mitte? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Jahr, Monat und Delikt.)
11. In welchem Rahmen kam es seit seiner Errichtung zu Delikten gegen das Mahnmal „Altäre der Erinnerung“ zur Erinnerung an die Genozide gegen Armenier*innen, Griech*innen und Aramäer*innen auf dem Evangelischen Luisenfriedhof III in Berlin-Charlottenburg? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Jahr, Monat und Delikt.)

Zu 10. und 11.:

Dem Senat sind mit Stand 17. November 2020 keine Straftaten zum Nachteil der genannten Mahnmale bekannt.

Berlin, den 29. November 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport